

Fakten zum Armeepfand

Was ist der Armeepfand? Grundlagen und Funktionsweise

Der Pfand gibt der Armee grossen Handlungsspielraum innerhalb des Budgets. So kann sie Kreditreste von einem Jahr ins nächste übertragen, und das Budget der Armee wird nicht jedes Jahr sondern erst nach der jeweiligen Laufzeit des Pfands neu verhandelt. Das ist eine absolute Sonderstellung im parlamentarischen Budgetprozess. «Mit dem Entlastungsprogramm 2003 (EP 03) wurde der Armee ein mehrjähriger Ausgabenpfand im Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes zugestanden. [...] Mit dem Entlastungsprogramm 2004 (EP 04) wurde der Pfand [...] bis Ende 2008 neu festgelegt. 2007 verlängerte das Parlament [...] den Ausgabenpfand der Armee für weitere drei Jahre bis Ende 2011, namentlich im Hinblick auf die Finanzierung neuer Kampfflugzeuge.»¹

Seit 2011 ist der Armeepfand nicht mehr gesetzlich verankert². Weil das Parlament das «Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014» in der Wintersession 2013 zurückgewiesen hat, fehlt eine gesetzliche Fixierung bis heute. Der Bundesrat hat dessen Regeln indes sinngemäss weitergeführt.³

Was passierte mit dem Armeepfand nach 2011? Die Erhöhung auf 5 Milliarden Franken

Im Herbst 2011 setzte die bürgerliche Mehrheit im Parlament eine Erhöhung des Armeepfands **von 4.1 auf 5 Milliarden Franken pro Jahr** durch.⁴ Vor dem Powerplay der Militaristen im Parlament war auch die CVP der Meinung, dass vier Milliarden für die Armee genügen. Die CVP brach mit der Zustimmung zu den fünf Milliarden noch vor den Wahlen ihr Wahlversprechen: Darin hiess es, die Armee müsse «den Kostenrahmen von rund vier Milliarden akzeptieren»⁵.

Im Frühling 2012 entschied der Bundesrat, den Pfand auf 4.7 Milliarden festzusetzen und hielt dies im Finanzplan 2014-2016 fest. Im November 2012 reichte die SiK-N eine Motion ein mit der Forderung, den Entscheid des Parlaments richtig umzusetzen und den Pfand auf fünf Milliarden festzusetzen. Der Nationalrat nahm in der Frühlingssession 2013 diese Motion an, der Ständerat folgte in der Herbstsession 2013 mit der Änderung, den Pfand für 2014 und 2015 «nur» auf 4.7 Milliarden zu erhöhen und erst ab 2016 auf fünf Milliarden.

¹ Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014, <http://www.efd.admin.ch/dokumentation/gesetzgebung/00570/02678/index.html?lang=de> (Stand: 13.05.14), S. 39.

² Bis 2011 war er im „Bundesgesetz über Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes“ verankert

³ Botschaft zum Konsolidierungs- und Aufgabenüberprüfungspaket 2014, <http://www.efd.admin.ch/dokumentation/gesetzgebung/00570/02678/index.html?lang=de> (Stand: 13.05.14), S. 39.

⁴ Der Vorschlag des Bundesrats war 4.4 Milliarden.

⁵ <http://www.cvp.ch/wahlen-2011/eidg-wahlen-2011/tabs/wahlvertrag/sicherheit/> (Stand: 13.05.14)

Was passiert nun mit dem Geld für den Gripen? Das Parlament muss den Armeepfand senken

Das Geld für den Spezialfonds zur Finanzierung der Beschaffung des Gripen sollte aus dem Armeebudget kommen, das eigens für diesen Zweck auf fünf Milliarden erhöht wurde. Diese Budgeterhöhung ist nach der Ablehnung des Gripen nicht mehr zu rechtfertigen. Die bürgerlichen Parteien begründeten die Erhöhung des Armeebudgets ganz klar mit dem Kauf neuer Kampfflugzeuge. So sagte zum Beispiel Corina Eichenberger (FDP, AG) in der Diskussion im Nationalrat: «Für den Ausgabenpfand von 5 Milliarden Franken spricht auch die Tatsache, dass damit die Erneuerung der Kampfflugzeugflotte an die Hand genommen wird.»⁶

Das Parlament hat nach dem Nein zum Gripen nicht nur die Möglichkeit, sondern auch die demokratische Verpflichtung, den Armeepfand wieder zu senken. Philipp Rohr, Sprecher der Eidgenössischen Finanzverwaltung, bestätigte dies gegenüber der Ostschweiz am Sonntag: «Ab 2015 müsste der Bundesrat entscheiden, wie er die 300 Millionen einsetzen möchte. Der Entscheid hängt vom politischen Willen der Regierung ab. Das letzte Wort liegt beim Parlament.»⁷ Im selben Artikel äussern sich auch CVP und FDP Politiker dahingehend, dass über das Armeebudget neu verhandelt werden müsse.

Der heutige Entscheid der Stimmbevölkerung ist eine klare Aussage gegen die Erhöhung der Militärausgaben. Der Armeepfand muss jetzt gesenkt werden – und zwar auf das Niveau vor der übereilten Erhöhung 2011, das heisst auf 4.1 Milliarden Franken. Wenn die bürgerlichen Parteien den Mehrheitsentscheid akzeptieren, müssen auch sie für die Rücknahme der Erhöhung des Armeebudgets stimmen.

⁶ Amtliches Bulletin - Die Wortprotokolle von Nationalrat und Ständerat, Herbstsession 2011, Verhandlungen Nationalrat, 14. September 2011, S. 171.

⁷ Novak, Eva / Faki, Sermin, „Gripen: Maurer muss um sein Geld zittern“, in: Ostschweiz am Sonntag, Ausgabe vom 4. Mai 2014. S.4.